

AG 6 - Klimaschutz braucht die Ressourcenwende

re!source Stiftung im Austausch mit der Öffentlichen Hand

Bereits zum dritten Mal lud die gemeinnützige re!source Stiftung e.V. Vertreter*innen der Öffentlichen Hand zum Austausch ein. Am 30. März 2023 trafen sie mit Referent*innen aus Politik, Wissenschaft und Praxis in Berlin zusammen, um über Ressourcenschutz im Gebäudebereich und die Potenziale der Digitalisierung zu sprechen.

Das Thema Ressourcen ist die große Herausforderung der Bau- und Immobilienwirtschaft. Dies betrifft insbesondere die Öffentliche Hand, da die Ampelkoalition zur Erreichung der Klimaziele dem Ressourcenschutz im Gebäudebereich eine hohe Priorität eingeräumt und konkrete Handlungen formuliert hat. Die re!source und ihre Referent*innen Annelie Casper, Inga Stein-Barthelmes, Dominik Campanella, Anna Trawnitschek und Peter Rathert diskutierten das Thema unten den folgenden Schwerpunkten mit den Teilnehmer*innen:

- Ressourcen im Gebäudebetrieb
- BIM als Lösung für die Herausforderungen des Bauens
- Wiederverwendung – Recycling: Vorstellung von Erfolgsprojekten
- DIN-Normungsroadmap Circular Economy: Die Umsetzung der Normungsbedarfe des Schwerpunktthemas Bauwerke & Kommunen
- Politische Ziele: Umsetzungsstrategie und künftige Dokumentationspflichten

Die Präsentationen unserer Referentinnen und Referenten sind unter <https://www.re-source.com/aktivitaeten/wissen/> abrufbar. Auf eine Wiedergabe der Vorträge im Einzelnen wird daher hier verzichtet. Peter Rathert stellte die Ausgangslage und die Klimaschutzziele der Bundesregierung vor, die bis 2030 im Gebäudesektor 45 Mio. Tonnen CO₂ reduzieren muss. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste der komplette Gebäudebestand saniert werden; die Sanierungsrate müsste bei fünf bis sechs Prozent liegen, also verfünf- bis -sechsfacht werden. Er riss zudem die Themen Zwangssanierungen, Novellierung der Europäischen Energieeffizienzrichtlinie, Inventarisierung der öffentlichen Gebäude, Kommunale Wärmeplanung, Gebäudeenergiepass, Wärmeplanungsgesetz und Fachkräftemangel an.

Die Teilnehmer*innen sehen folgende Hindernisse für ressourcenschonendes Bauen und formulierten die folgenden Forderungen und Lösungsvorschläge an die Politik:

- Rückbaufähigkeit muss monetär in die Wirtschaftlichkeitsbilanz einfließen.
- Bauproduktenhersteller müssen sich um BIM kümmern, ein einheitliches System muss her, Mindestinformationen müssen definiert werden, europaweit.
- Die Wiederverwendung von Bauprodukten funktioniert ungenügend, da sie den rechtlichen Anforderungen nicht genügen, erforderliche Leistungsangaben können nicht gemacht werden, daher können gebrauchte Bauprodukte nur verwendet werden, wenn keine technischen oder bauphysikalischen Anforderungen an sie gestellt werden.
- Die Verantwortung für die Werte gebrauchter Bauprodukte muss geregelt werden.
- Die Möglichkeiten der Prüfung gebrauchter Bauprodukte muss vereinfacht werden (bspw. Definition von Halbwertszeiten und Zerfallsraten).
- Gebrauchte Bauprodukte sollten nicht dem Abfallrecht unterfallen.
- Fragen des Gebäudebetriebes sind unbedingt in die Planung einzubeziehen.

- Gesammelte Daten aus dem Gebäude(bestand) müssen abrufbar aufbereitet werden.
- Um die Unmengen von Datensätzen auszuwerten, muss eine geeignete Datenverwaltung bereitgestellt werden. Wir brauchen neue Instrumente, um eine Basis für die Handhabung der Daten zu schaffen.
- Nutzer müssen motiviert oder verpflichtet werden, die Datensätze einzusehen. Problem sind Dienstleister mit Rahmenverträgen, die eigene Routinen mitbringen. Wir brauchen dafür neue und vor allen eigene Routinen, die auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Öffentlichen Hand ausgerichtet sind.
- Gewähr für Richtigkeit und Überwachung der Datenbanken muss geregelt werden.
- Alternative: Die Fläche definiert die Anforderungen – aber auch dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Dies führt zwangsläufig zu einem „Flickenteppich“.
- Wer definiert den BIM-Standard? Welche Sprache soll er haben?
- Lebensmittel haben Barcodes. Bauprodukte haben zum Teil auch Barcodes – diese müssten nur mit dem Gebäude verknüpft werden.
- Bei der Ausschreibungs- und Bauphase müsste der spätere Betreiber bekannt sein, das wäre viel effektiver.
- Die Bauprodukte müssten mit einem durchgehend verfolgbar Code definiert werden, Daten werden vom Hersteller in eine allgemein zugängliche Datenbank eingepflegt und mit der Grafik verknüpft, dann fließen sie in den Gebäuderessourcenpass und anschließend könnte der Betreiber damit arbeiten und sie stehen für Rückbaumaßnahmen zur Verfügung. Diese Daten und Informationen können nach Erkenntnisstand der Hersteller noch im Nachhinein durch zusätzliche Informationen ergänzt werden und stehen dauerhaft bereit.
- Bauantrag darf nur gestellt werden, wenn das Rückbaukonzept steht – mit kompletter Rückbauplanung und einem Gebäuderessourcenpass.
- Weit mehr als 70 Prozent der Gebäude in Deutschland sind Bestand, dafür braucht man andere Ansätze – Prozesse für Neubaumaßnahmen müssen einfacher gestaltet werden.
- Bestandsgebäude müssen erhalten und durch Sanierung verbessert werden. Wie kommt man an Daten aus dem Bestand? Sie sind häufig nicht vorhanden.
- Trennbarkeit ist wichtig, Das Verkleben auf der Baustelle müsste verboten werden, Verbundsysteme sind problematisch.
- Produktpässe haben nur den Zweck, den Einkauf zu steuern, nach Einbau sind die Informationen obsolet, rechtlich gesehen. Umweltschutz und technische Eigenschaften sind zwei verschiedene Aspekte – Leistungsangaben nützen oft nichts, man bräuchte eher die Inhaltsstoffe, aber die Rezepte sind häufig Betriebsgeheimnisse der Hersteller.
- Alte Gebäude, die nicht mehr aktuellen Sicherheitsanforderungen entsprechen, müssen bei Modernisierung auf „Mercedes-S-Klasse-Standard“ gehoben werden – das ist nicht sinnvoll (dies betrifft Zulassungsanforderungen bei Bauteilen und das ist vor allem bei Recyclingbauteilen problematisch.)
- Für private Bauherren müsste die Verwendung recycelter Bauteile zum Asset-Argument werden, für öffentliche Bauherren sollte die Vorbildfunktion Ansporn sein.
- DIN-Normen bilden nicht das Gemeinwohl ab, sondern oft nur die Interessen Einzelner, da die Mitwirkung an der Normung kosten- und arbeitsintensiv ist. Vertreter und Vertreterinnen der Öffentlichen Hand sollten sich in die Normungsaktivitäten einbringen. Für die ÖH ist die Beteiligung an der Normung kostenfrei.
- BIM muss konsequent umgesetzt werden!
- Nachhaltigkeit und Digitalisierung müssen immer zusammen gedacht werden.
- Wir müssen Prozesse komplett und vor allem durchgängig denken und keine Individuallösungen schaffen.

Annette von Hagel wird diese Informationen gesammelt an das Bauministerium sowie verantwortliche Politiker weiterleiten.

Die Teilnehmer*innen und Referent*innen waren sich einig: Ein nachhaltiges Weiter-so wird es nicht geben, Nachhaltigkeit widerspricht dem Wachstumsgedanken. Unsere Gesellschaft müsste wieder auf das Wohlstandsniveau der 70er-Jahre zurück, um die Emissionseinsparziele zu erreichen. Die Politik ist in der Verantwortung, dies ehrlich zu kommunizieren.